

Wahlprüfsteine Netzwerk Grundeinkommen

Die Fragen lauten:

1.

Die COVID-19-Pandemie hat den Sozialstaat an dessen Grenzen geführt. Immer mehr Menschen wenden sich folglich dem Grundeinkommen zu. Wie positioniert sich Ihre Partei aktuell zum Grundeinkommen o. g. Definition? (bitte mit Links)

Eine deutsche Langzeitstudie zum Grundeinkommen ist u.a. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung vorgenommen worden. Die Erkenntnisse, die dabei gewonnen werden, müssen genauso wie die Ergebnisse von anderen Testläufen (z.B. in Finnland) einer kritischen Prüfung unterzogen werden, bevor eine grundsätzliche Neuausrichtung unserer sozialen Sicherungssysteme angedacht werden kann. Wir werden das Thema weiter im Blick behalten und auf Basis von Erfahrungen und Fakten handeln. Eine tiefgreifende Veränderung der sozialen Sicherungssysteme setzt immer auch einen gesellschaftlichen Konsens voraus. Daher halten wir an dem aktuellen Prinzip der Grundsicherung fest.

https://www.freiewaehler.eu/unsere-politik/wahlprogramm/#Kein_überhastetes_Grundeinkommen

2.

Findet sich in Wahlprogrammen (Bundestagswahl, Landtagswahlen) Ihrer Partei das deutliche Bekenntnis zur Einführung eines Grundeinkommens gemäß o. g. Definition in Deutschland? (bitte konkrete Textpassage in den Wahlprogrammen und Links)

Wir verweisen auf die Antwort zu Frage 1

3.

Gibt es in Ihrer Partei Arbeitsgemeinschaften bzw. Zusammenschlüsse, die die Einführung eines Grundeinkommens fordern und diese Forderung im Parteiprogramm verankert sehen wollen? Wenn ja, welche? (bitte mit konkreter Benennung und Link)

Bei den FREIEN WÄHLER gibt es aktuell keine interne Arbeitsgruppe zur Einführung eine Grundeinkommens. Das Thema wird durch unseren Bundesfachausschuss Soziales und Gesundheit bearbeitet.

4.

Hat Ihre Partei oder ein Zusammenschluss bzw. eine Arbeitsgemeinschaft Ihrer Partei ein Modell eines Grundeinkommens gemäß o. g. Definition entwickelt? Wenn ja, bitte kurz beschreiben und den Link zum jeweils veröffentlichten Modell übermitteln.

Wir verweisen auf die Antwort zu Frage 1

5.

Wie steht Ihre Partei zur Forderung, eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag mit dem Ziel einzurichten, die Idee, Modelle und Einführungsstrategien eines Grundeinkommens in Deutschland zielführend zu diskutieren? (bitte konkrete Textpassage im Wahlprogramm und Link)

Wir verweisen auf die Antwort zu Frage 1

6.

Ist Ihre Partei bereit, Bürgerforen und -konvente zum Grundeinkommen zu unterstützen? (bitte konkrete Textpassage im Wahlprogramm und Link)

Wir wollen, dass so viele Entscheidungen wie nur möglich im Parlament diskutiert und getroffen werden. Wir verstehen die repräsentative Demokratie als Auftrag der Gewählten, die Diskussion im Namen der Wähler*innen zu führen. Je stärker in die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte eingegriffen wird, desto wichtiger ist es, die Debatte darüber offen und transparent im Parlament zu führen. Das Parlament steht im Mittelpunkt des Repräsentationsprinzips unserer Demokratie, also auch im Mittelpunkt der demokratischen Diskussion über zu verabschiedende Gesetze. Daher soll auch die Bürgerbeteiligung hierüber laufen. Es sollen bundesweite Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide ermöglicht werden. Auch Bürgerräte nach dem Prinzip der Zufallsauswahl sollen ermöglicht werden. Wir sind

prinzipiell bereit, alle Themen ergebnisoffen mit der Bevölkerung zu erörtern und zu entscheiden.

Unser konkreter Vorschlag zur Realisierung: Sowohl der Bundestag als auch eine Volksinitiative können einen Bürgerrat zu einem Sachthema initiieren. Je 100.000 Wahlberechtigte können eine Gesetzes- oder Bürgerinitiative ins Parlament einbringen. Diese ist vom Bundestag geschäftsordnungsmäßig zu behandeln. Wird diese oder das Ergebnis eines Bürgerrats nicht vom Bundestag übernommen, so können eine Million wahlberechtigte Bürger*innen einen Volksentscheid herbeiführen, bei dem schließlich die Mehrheit entscheidet. Wir wollen damit ein diskursives, differenziertes, verbindliches Beteiligungs- und Mitbestimmungsmodell umsetzen, das wir für geeignet erachten, die Identifikation mit Staat und Politik zu verbessern sowie im Sinne der Bürger*innen bessere Gesetze zu verwirklichen.

[https://www.freiewaehler.eu/unsere-politik/wahlprogramm/#Parlamente stärken %E2%80%93 verbindliche Bürgerbeteiligung ermöglichen](https://www.freiewaehler.eu/unsere-politik/wahlprogramm/#Parlamente_stärken_%E2%80%93_verbindliche_Bürgerbeteiligung_ermöglichen)

7.

Ist Ihre Partei bereit, nach Einführung der Möglichkeit eines bundesweiten Volksentscheids auch einen solchen Volksentscheid zum Grundeinkommen zu unterstützen? (bitte konkrete Textpassage im Wahlprogramm und Link)

Wir verweisen auf Frage 6.

8.

Auf EU-Ebene findet eine Bürgerinitiative zu Grundeinkommen in der EU statt (www.ebi-grundeinkommen.de). Unterstützt Ihre Partei bereits diese Europäische Bürgerinitiative bzw. wäre sie bereit, diese zu unterstützen? Wenn ja, wie? (bitte konkrete Angaben bzw. Textpassage im Wahlprogramm und Link)

Wir verweisen auf Frage 1.